

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

13.04.2017

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 5-10

Schriftführung

Hans-Jörg Fedder

Telefon-Nr.

02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 16.02.2017

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:17 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:22 Uhr – 18:25 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 17.11.2016 - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 17.11.2016 - öffentlicher Teil -
0026/2017**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0022/2017
- 6 **Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG)**
0033/2017
- 7 **Aktuelle Situation der Flüchtlinge**
- 8 **Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende**
0021/2017
- 9 **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des Ex-Azubitreffs durch die GL Service gGmbH**
0017/2017
- 10 **Antrag vom 25.01.2017 auf einen Zuschuss zur Förderung von drei Terminen "Internationales Kochen" im Jahr 2017**
0045/2017
- 11 **Beteiligung an der Veranstaltung "Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW"**
0031/2017
- 12 **Budget des Integrationsrates**
0037/2017
- 13 **Bericht aus den Ausschüssen**
- 14 **Arbeitsschwerpunkte des Integrationsrates**
- 15 **Anträge**
- 15.1 **Antrag von SoNett e. V. vom 25.01.2017 zur Unterstützung eines Interkulturellen Frühlingskonzertes**
- 16 **Anfragen**
- 17 **Verschiedenes**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Integrationsrates Herr Basyigit eröffnet die 13. Sitzung des Integrationsrates in der laufenden Wahlperiode. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie des Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Herr Basyigit informiert über das Ableben Herrn Moutsokapas, einem Ausländerbeiratsmitglied der ersten Stunde. Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute.

Sodann teilt Herr Basyigit mit, dass Herr Iyilik, Frau Canales Suazo, Herr Panzer und Frau Schlich entschuldigt fehlen. Herr Iyilik wird von Frau Kara und Frau Canales Suazo von Herrn Kunze vertreten. Nicht entschuldigt fehlen Frau Celik, Frau Dönmez, Herr Sladkowski, Herr Schacht und Herr Krasniqi (s. *Teilnehmerverzeichnis, Anlage 1*).

Herr Farber, langjähriges Mitglied des Integrationsrates, wird von Herrn Basyigit unter Beifall des Integrationsrates mit einem Geschenk verabschiedet. Er bedankt sich mit einer Rede.

Herr Basyigit berichtet über den Eingang eines Antrags des SoNett e. V. zur Gewährung eines Zuschusses in Höhe von ca. 3.000 € für ein Interkulturelles Frühlingskonzert im Albert-Magnus-Gymnasium (*Anlage 2*).

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag von SoNett e. V. zur Gewährung eines Zuschusses für ein Interkulturelles Frühlingsfest wird in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen und unter **TOP Ö 15: Anträge** beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 17.11.2016 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 17.11.2016 – öffentlicher Teil wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 17.11.2016 - öffentlicher Teil - 0026/2017

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Basyigit berichtet über ein Schreiben des Mehrgenerationenhauses bezüglich des Apfelblütenfestes. Der Integrationsrat habe 2015 beschlossen, das Apfelblütenfest jährlich mit maximal 300 €

zu bezuschussen. Die Anfrage des Mehrgenerationenhauses richte sich darauf, ob dieser Beschluss noch aktuell sei.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters
0022/2017

Herr Buhleier verweist zunächst auf die als Tischvorlage verteilte Broschüre „Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen“. Diese Broschüre steht nur für die Mitglieder, aber nicht für die Stellvertreter, in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Weiterhin wurde während der letzten Sitzung des Integrationsrates der Wunsch geäußert, das Antragsverfahren für Zuschüsse zu überarbeiten. Dazu habe er den mit dem Vorstand abgestimmten Entwurf eines Antrags als Tischvorlage verteilt. Anträge müssen nicht zwingend mit diesem Formular gestellt werden; eine Antragstellung kann mit den erforderlichen Angaben auch formlos erfolgen. Weitere Vorschläge zu dem Formular nehme er gerne auf.

Frau Münzer bittet darum, die endgültige Fassung des Formulars als Datei an die Integrationsratsmitglieder zu verschicken. Herr Buhleier sagt dies zu. Mit der Presseabteilung wolle er sprechen, das Formular auf der städtischen Internetseite zum Runterladen bereizustellen.

6. Entsendung eines Mitglieds des Integrationsrates in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG)
0033/2017

Auf Anfrage des Vorsitzenden nach Interessenten für den zu besetzenden Posten erklärt sich Herr Ljura zu einer Kandidatur bereit.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Adnan Ljura wird als stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann entsandt.

7. Aktuelle Situation der Flüchtlinge

Frau Tillmann erläutert die aktuelle Situation der Flüchtlinge und beantwortet gestellte Fragen wie folgt:

Ein Pressetermin für eine Besichtigung der Container auf dem CarPark-Gelände ist geplant. Die Container sind aber noch nicht alle so fertig, dass sie besichtigt werden können, und noch nicht eingerichtet. Ein Besichtigungstermin wird für Mitte bis Ende März stattfinden können. Sie würde sich freuen, wenn sich die Mitglieder des Integrationsrates dem Pressetermin anschließen (*s. Anlage 3*). Die Einrichtung in Katterbach soll nach Möglichkeit nicht mehr belegt werden, aber als Flüchtlingsunterkunft in Reserve bleiben. Für dieses Gelände existieren keine (anderen) Planungen.

Eine Herrichtung des Hauses Pohle lohnte sich aufgrund der aufgetretenen Schäden für die Belegung mit Flüchtlingen nicht mehr. Das Gebäude wurde geräumt und wieder zurückgegeben.

Bezüglich Doppel- oder Mehrfach-Identitäten verweist Frau Tillmann auf die seit Januar bestehende Verpflichtung, Online-Meldungen (= FlüAG-Meldungen) abzugeben. Die AZR-Nummer (=Nummer des Flüchtlings) bekomme die Stadt vom BAMF. Dieser Nummer seien Name, Vorname und Geburtsdatum hinterlegt. Laut Auskunft des BAMF werden mehrere Nummern für einen Flüchtling zusammengeführt. Dem Leistungsbereich sind für die Auszahlung die genannten Daten

hinterlegt. Dadurch könne sichergestellt werden, dass keine Person mehrfach Leistungen beziehen kann. Bilder und Fingerabdrücke liegen nicht vor.

Flüchtlinge können zu Integrationskursen verpflichtet werden. Die ausgewählten Personen werden zeitgleich angeschrieben und zu diesen Kursen verpflichtet. Derzeit versuche die Stadt, mit dem Integration Point bei der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter RheinBerg eine Kooperation aufzubauen. Weiterhin gibt es einen Beschluss zu Arbeitsgelegenheiten (FIM-Maßnahmen). In diesem Bereich laufen derzeit die Anträge.

Der IntegrationPoint ist auch für junge Erwachsene und Jugendliche für Ausbildungsplätze zuständig. Derzeit wird festgestellt, wer dafür infrage kommt. Hier sind auch freiwillige Vorsprachen möglich. Der IntegrationPoint habe viele Leistungen eingekauft, sodass es derzeit viele freie Plätze gibt.

Hinsichtlich gewünschter Kontaktaufnahmen sieht sie einige Möglichkeiten, z. B. Besuche Einzelner in Flüchtlingsunterkünfte oder die Kontaktaufnahme mit dem Deutschen Roten Kreuz als Betreiber der größeren Unterkünfte. Für Absprachen stehe sie zur Verfügung.

Problemen zwischen Anwohnern und Flüchtlingen würden nachgegangen. Der Kontaktaufnahme zwischen Nachbarn dienen offene Veranstaltungen wie z. B. die Karnevalsveranstaltung in Katterbach.

8. Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende
0021/2017

Herr Buhleier erläutert die Vorlage.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Zur Weiterführung der Mädchen- und Frauengruppe „Power-Frauen“ der Initiative 180°-Wende im Jahr 2017 wird ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt.

9. Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des Ex-Azubitreffs durch die GL Service gGmbH
0017/2017

Herr Buhleier erläutert die Vorlage.

Herr Tollih berichtet, während der letzten Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates in Düsseldorf habe das zuständige Ministerium die Zusammenarbeit des Integrationsrates mit dem Kommunalen Integrationszentrum hervorgehoben. Am 03.05. gibt es eine Fortsetzung zu „Mein Beruf – meine Zukunft“, an der sich der Ex-Azubitreff beteiligt.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Zur Weiterführung des Ex-Azubitreffs im Jahr 2017 durch die GL Service gGmbH wird ein Zuschuss in Höhe von 22.900 € zur Verfügung gestellt.

10. Antrag vom 25.01.2017 auf einen Zuschuss zur Förderung von drei Terminen "Internationales Kochen" im Jahr 2017
0045/2017

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Integrationsrat unterstützt drei Termine „Internationales Kochen“ mit finanziellen Mitteln aus seinem zur Verfügung stehenden Budget in Höhe von 360 €.

11. Beteiligung an der Veranstaltung "Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW"
0031/2017

Herr Basyigit erläutert das Vorhaben.

Herr Kunze berichtet über zwei Veranstaltungen in Düsseldorf und im „Bock“.

Herr Samirae spricht sich für die geplante Veranstaltung aus.

Herr Tollih teilt mit, dass die Veranstaltung am 03.04. im Ratssaal Bensberg stattfindet und drei Stunden dauert. Die Parteien werden eingeladen; es gibt eine Podiumsdiskussion. Eine Studie wird vorgestellt. Es handelt sich um eine reine Informationsveranstaltung für die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“.

Herr Schütz findet das Konzept Herrn Keltks sehr einseitig. Er beantragt eine eigene Veranstaltung zur Information über die Landtagswahl in NRW und verweist auf das Neutralitätsgebot, an das Stadtverwaltung und Integrationsrat gebunden sind. Eine eigene Veranstaltung könnte sich z. B. gegen Extremismus von Links und Rechts und andere Formen des Extremismus wenden.

Herr Samirae sieht hinsichtlich des Neutralitätsgebots einen Unterschied zwischen Stadtverwaltung und Integrationsrat. Er ist nicht der Auffassung, dass sich die geplante Veranstaltung gegen eine bestimmte Partei richtet, sondern gegen Parteien am rechten Rand. Die Differenzierung zwischen rechts und rechtsextrem sei mitunter schwierig.

Frau Münzer möchte wissen, welche Referenten vom Landesintegrationsrat gestellt werden. Herr Tollih weist darauf hin, dass Professor Alexander Häusler von der Hochschule Düsseldorf (Studie „Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW“) als Referent zugesagt hat. Einer Planungsgruppe für diese Veranstaltung gehören Herr Basyigit und er an. Frau Münzer bittet um Rundmail vor der Veranstaltung über Zusammensetzung und Ablauf.

Herr Dresbach beantragt den Schluss der Rednerliste.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit zwei Stimmen gegen acht Stimmen bei einer Enthaltung)

Der Antrag Herrn Schütz auf Durchführung einer eigenen Veranstaltung zum Thema Extremismus wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit acht Stimmen gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung)

1. Der Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach führt in Zusammenarbeit mit dem Landesintegrationsrat NRW die Veranstaltung „Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW“ durch.

2. Für die anfallenden Kosten - insbesondere für die Bewirtungskosten – werden maximal 500,- € aus dem Budget des Integrationsrates zur Verfügung gestellt.

12. Budget des Integrationsrates
0037/2017

Bedauerlicherweise fehlt die Vorlage. Sie wird der Niederschrift (*Anlage 4*) beigelegt.

13. Bericht aus den Ausschüssen

Es werden keine Berichte vorgetragen.

14. Arbeitsschwerpunkte des Integrationsrates

Frau Münzer berichtet über Deutschförderung für Flüchtlingskinder und verweist in diesem Zusammenhang auf ein Programm „Fit für die Zukunft“. Dieses wird an die aktuellen Verhältnisse angepasst. Nächste Woche beginnen die ersten Termine in den Grundschulen beginnend mit der Grundschule in Moitzfeld. Wichtig sei die Unterstützung durch die Direktoren und Direktorinnen der Grundschulen.

Im Herbst startete der erste Schwimmlernkurs für Flüchtlingskinder, über den sie berichtet. Derzeit wird der zweite Kurs durchgeführt. Wegen des großen Interesses wird der Kurs fortgeführt. Ggfs. stelle sie einen Antrag auf finanzielle Unterstützung durch den Integrationsrat. Herr Samirae verweist auf Schwimmflächen im Schloss.

Herr Tollih berichtet über ein Projekt „Mitternachtssport“, an dem 16 Jugendliche teilnahmen. Nachfolgetermine werden vorbereitet.

Zur Vorbereitung auf den Antrag von SoNett e. V. (*Anlage 2*) wird die Sitzung von 18.22 Uhr bis 18.25 Uhr unterbrochen.

15. Anträge

15.1. Antrag von SoNett e. V. vom 25.01.2017 zur Unterstützung eines Interkulturellen Frühlingskonzertes

Von verschiedenen Mitgliedern des Integrationsrates wird Kritik an der Höhe der Gage und am Verzicht auf die Erhebung von Eintritt auch in Verbindung mit dem Sammeln von Spenden für den Verein geübt.

Herr Schütz beantragt die Vertagung des Antrags in die nächste Sitzung.

Herr Kunze spricht sich dafür aus, ortsansässige Künstler verschiedener Herkunft zu unterstützen, wenn diese in Bergisch Gladbach Konzerte geben.

Herr Tollih regt die Entwicklung eines Konzeptes an, um jährlich ein oder zwei Kulturveranstaltungen im Jahr anzubieten. Der Integrationsrat könne auch Kooperationspartner sein ohne einen Zuschuss zu gewähren. Für ihn sind Zuschüsse für Veranstaltungen mit einer überschaubaren Zuschauerzahl nicht zielführend.

Herr Samirae erinnert daran, dass Vereine, die sich im Integrationsrat vorstellten, auf Spenden angewiesen sind. Er spricht sich für die Gewährung eines Teilzuschusses aus verbunden mit der Bitte um eine frühzeitigere Antragstellung und Einhaltung des Antragschemas.

Frau Kara berichtet über ein Konzert an einer Kölner Schule, für das 5 € Eintritt anfielen. Von den Einnahmen wurden Instrumente für Musiker beschafft, die ihre Instrumente nicht mit nach Deutschland bringen konnten.

Der Integrationsrat fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit einer Stimme gegen neun Stimmen bei einer Enthaltung)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit einer Stimme gegen neun Stimmen bei einer Enthaltung)

Der Antrag von SoNett e. V. auf Unterstützung des Frühlingskonzerts wird abgelehnt.

Herr Adjano spricht sich dagegen aus, ausschließlich Künstler aus der Region zu unterstützen. Er befürwortet eine feste Zuschusshöhe für Konzerte. Herr Basyigit hält dies nicht für im Sinne des Integrationsrates.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

16. Anfragen

Frau Münzer informiert über eine Veranstaltung zum Salafismus am 16.01.2017 in Bergisch Gladbach. Ihr liegt eine Liste mit allen Beratungsstellen in NRW vor, die zur Veranstaltung „Rechte Parteien im Wahlkampf in NRW“ verteilt werden kann (*Anlage 7*). (*Das Begleitheft zum Thema ‚Salafistischer Extremismus‘ kann unter der Internetadresse www.polizei-beratung.de/medienangebot/medienangebot-details/detail/200.html heruntergeladen werden.*)

Weiterhin weist sie auf eine Veranstaltung am 02.03.2017 um 19.00 Uhr im Gronauer Tannenhof zum Thema „Kinderehen“ hin. Da um Anmeldung gebeten wird, gibt sie auf Wunsch Daten Interessierter weiter.

Herr Kunze erinnert an mehrere Artikel von Anfang des Monats unter dem Titel „AfD unterwandert Integrationsrat“. Sowohl seine Frau als auch er seien direkt und nicht für die AfD in den Integrationsrat gewählt worden. Herr Kunze möchte wissen, ob der Integrationsrat oder eines seiner Mitglieder vom Autor dieser Artikel angesprochen wurde.

Dazu erklärt Herr Buhleier, der Autor Herr Omar habe der Stadtverwaltung eine Frageliste geschickt. Er habe mit Herrn Omar telefoniert und auf folgende Punkte aufmerksam gemacht:

1. Er würde die Arbeit des Integrationsrates und einzelner seiner Mitglieder nicht bewerten.
2. Er habe auf das Wahlverfahren hingewiesen und eine Bevollmächtigung Herrn Kunzes durch seine Frau verneint.

3. Hinsichtlich einer angeblichen Unterwanderung habe er auf die Geschäftsordnung des Integrationsrates verwiesen und ausgeschlossen, dass der Integrationsrat von einem einzelnen Mitglied unterwandert werden könne.

Herr Schütz weist zunächst auf TOP Ö 7 „Aktuelle Situation der Flüchtlinge“ hin, zu dem wie schon in der vorangegangenen Sitzung nur mündlich vorgetragen wurde. Er möchte wissen, warum nicht wie bei anderen Tagesordnungspunkten schriftliche Vorlage erstellt werden. Dies halte er für unbefriedigend, da er sich zu diesem Punkt nicht auf die Sitzung vorbereiten könne. Da den Integrationsrat dieses Thema voraussichtlich noch länger beschäftigen würde, bitte er um kurze schriftliche Vorlagen mit Zahlen, Daten und Fakten.

Weiterhin fragt er, inwieweit dem Integrationsrat der Unterschied zwischen Flüchtlingen/Asylrecht und Zuwanderung/Zuwanderungsrecht bekannt ist. Dieser Unterschied, den Herr Schütz darstellt, sei auch im Hinblick auf die allgemeine gesamtgesellschaftliche Diskussion wichtig.

Herr Buhleier begründet den Verzicht auf schriftliche Vorlagen zur „Aktuellen Situation der Flüchtlinge“ mit der vergangenen Situation in der zuständigen Abteilung „Soziale Förderung“ (fehlende Abteilungsleitung) und dem Wunsch nach einer möglichst aktuellen Berichterstattung. Er sagt die interne Prüfung einer Vorlagenerstellung zu.

Auch die zweite Anmerkung sei angekommen. Es handele sich allerdings nicht um eine Anfrage, sondern um einen politischen Diskussionspunkt.

Herrn Samirae bedauert am Beispiel einer kurdischen Familie, dass Familien mit Migrationshintergrund für ihre Kinder keinen Kindergartenplatz bekommen. Problematisch sei, dass die Eltern nicht ins Arbeitsleben zurückfinden und die Familien zuhause ihre Muttersprache sprechen, was ihrer Integration abträglich sei.

Vor ein paar Monaten wurde das Programm Little Bird für die Anmeldung für Kindergartenplätze eingeführt.

Herr Samirae möchte wissen, ob der Integrationsrat eine Auswertung mit der Zahl der Fälle bekommen könne, in denen kein Kindergartenplatz vermittelt werden konnte. Kann das Recht auf einen Kindergartenplatz nicht eingelöst werden, müsse die Stadt die Mehrkosten für eine Tagesmutter übernehmen.

Neben der Zahl der Fälle interessiere ihn, wie viele Fälle einen Migrationshintergrund hätten.

Herr Buhleier sagt eine schriftliche Antwort zu. Nach seiner Kenntnis sei den Fachberaterinnen des Jugendamtes bislang in Notfällen immer die Vermittlung eines Kindergartenplatzes gelungen. *(Die Antwort zu dieser Anfrage ist als Anlage 8 beigefügt.)*

Herr Adjano kommt auf die Differenzierung Herrn Schütz' zwischen Flüchtlingen und Zuwanderern zurück und findet es blauäugig, wenn integrierte Flüchtlinge nach ihrer Rückkehrwilligkeit gefragt würden.

Er möchte wissen, ob in Paffrath oder Katterbach Flüchtlinge oder Asylbewerber betreut werden und ob es Anlaufstellen für diese Personen gibt. Was wird von diesen Personen erwartet? Wie viele Flüchtlinge wurden in Bergisch Gladbach aufgenommen?

Frau Tillmann möchte wissen, welche Zahlen für Herrn Adjano interessant sind. Sie verweist auf unterschiedliche Zahlen

- zu Wohnsitzauflagen,
- zur Zuweisungsquote und
- von der Task-Force-Flüchtlingsunterbringung: von der Stadt untergebrachte Personen, die Asylbewerberleistungen oder Leistungen nach dem SGB II bekommen,
- Personen, die beim Job-Center einen Arbeitslosengeld II-Anspruch haben.

Für Schülerzahlen sind die einzelnen Schulen Ansprechpartner. Aus den einzelnen Unterkünften könne ausgewertet werden, wer woher kommt.

Herr Adjano erinnert daran, dass dem Integrationsrat vor Jahren mitgeteilt wurde, wie viele Zuwanderer in Bergisch Gladbach leben und wie viele Migrantenkinder die Schulen in Katterbach besuchen.

Herr Basyigit versteht Herrn Adjano so, dass er die Zahl der Zahl der Asylbewerber bzw. Flüchtlinge wissen möchte, die derzeit einen Asylantrag gestellt haben.

Frau Tillmann teilt mit, dass es sich derzeit um 1.100 Personen handelt. Die genaue Zahl wird zur Niederschrift mitgeteilt (*s. Anlage 5*).

Herr Samirae geht auf die schlechte Versorgung mit Kindergartenplätzen in Refrath und Bensberg und den Bau der Kindertagesstätte In der Taufe ein. Herr Basyigit weist darauf hin, dass Herr Samirae seine Anfrage zu diesem Thema bereits gestellt hat und laut Geschäftsordnung zu Anfragen keine Aussprache erfolgt. Herr Samirae fragt, ob im Stadtteil Bensberg ein Grundstück für eine Kindertagesstätte gefunden wurde.

Sodann berichtet Herr Samirae über ein dreijähriges Kind, das bei mehreren Kindertagesstätten angemeldet sei. Herr Samirae nennt die Mutter des Kindes namentlich, das seit drei Jahren einen Kindergartenplatz suche. Er würde sich freuen, wenn für dieses Kind ein Platz gefunden würde.

Herr Basyigit und Herr Buhleier kritisieren, dass in diesem Fall Personen namentlich benannt würden. Herr Buhleier bittet Herrn Samirae darum, solche Anfragen über Herrn Mumdey zu stellen. Die Anfrage zur Grundstückssuche in Bensberg würde schriftlich beantwortet. (*Die Antwort zu dieser Anfrage ist als Anlage 9 beigefügt.*)

Herr Ljura erinnert an eine Anfrage zu Flüchtlingen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten. Solche Familien wissen oft nicht, welche BuT-Leistungen ihnen für ihre Kinder zustehen. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, Informationen über solche Fälle automatisch weiterzugeben.

Hierzu erklärt Frau Tillmann, dieses Thema sei ihr noch nicht bekannt geworden. Diese Familien müssten aber persönlich im Job-Center einen Antrag stellen und dort vorsprechen. Das Job-Center fördere die Integration in Arbeit. Die städtischen Sozialarbeiter wären weiterhin für die sozialarbeiterische Betreuung der Familien zuständig.

Herr Basyigit möchte wissen, ob es in Bergisch Gladbach Schulen mit der Auszeichnung „Schulen ohne Rassismus“ gibt. Das Land NRW unterstützt ein entsprechendes Projekt. Eine schriftliche Antwort reicht. (*Die Antwort ist als Anlage 6 beigefügt.*)

17. Verschiedenes

Herr Basyigit berichtet über einen Neujahrsempfang am 24.01.2017, zu der der Integrationsrat eingeladen wurde. Herr Tollih hielt dort eine Rede.

Am 08.01.2017 fand der Neujahrsempfang der Stadt, bei dem es hauptsächlich um den Flächennutzungsplan ging.

Herr Basyigit schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.11 Uhr.

gez. Basyigit
Vorsitzender

gez. Schriftführung